



Prozesse easyfind - Kanton Aargau

Die Fachstelle E-Government Aargau nimmt an der schweizweiten Fundlösung „easyfind.ch“ teil. Fundbüros im Kanton Aargau, die von Gemeinden oder Regionalpolizeien geführt werden, können im Rahmen des Vertrages zwischen der Fachstelle E-Government Aargau und der rubicon-it Schweiz AG an easyfind teilnehmen.

Meldung neue Teilnehmer

Gemeinden und Regionalpolizeien, die im Rahmen des Vertrages zwischen der Fachstelle E-Government Aargau und der rubicon-it Schweiz AG an easyfind teilnehmen wollen, melden dies an die Fachstelle E-Government Aargau ([eGovernment@ag.ch](mailto:EGovernment@ag.ch)).

Anlage und Änderung Standort und Lagerort

Standorte und Lagerorte können nur vom Administrator angelegt werden. Die Fachstelle E-Government Aargau hat als einzige Stelle im Kanton Aargau Administratorrechte und wird im ersten Vertragsjahr bis 31.12.2014 alle neuen Standorte anlegen und mögliche Änderungen vornehmen. Änderungen können auch von der rubicon-it Schweiz AG durchgeführt werden und sind dann an die Adresse support@easyfind.com zu senden.

Nutzermeldungen

Neue Benutzer werden im ersten Vertragsjahr bis 31.12.2014 von der Fachstelle E-Government Aargau angelegt. Änderungen bestehender Benutzer werden entweder von der Fachstelle E-Government oder der rubicon-it Schweiz AG durchgeführt. Änderungswünsche können auch an support@easyfind.com gesendet werden.

Statistiken

Relevante Statistiken werden der Fachstelle E-Government Aargau von der rubicon-it Schweiz AG im Januar jedes Jahres zur Verfügung gestellt.

Verrechnung

Die gesamte Jahresgebühr für sämtliche Teilnehmer wird im Januar verrechnet. Gemeinden, die sich unterjährig durch die Fachstelle E-Government Aargau anmelden, werden am Ende des laufenden Quartals per E-Mail an die rubicon-it Schweiz AG gemeldet. Die Jahresgebühr für neue Teilnehmer wird am Anfang des folgenden Quartals aliquot für das restliche Jahr an die Fachstelle E-Government Aargau verrechnet. Die Fachstelle E-Government verrechnet die Nutzungsgebühr weiter an die Gemeinden und Regionalpolizeien.